

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftsteller: Felix Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Aulstraße 16
Fernsprecher S.-N. 628 41

Ercheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Die Verflüssigung der Kohle

Ihre volkswirtschaftliche Bedeutung

Es war seit langem bekannt, daß ansichtsreich daran gearbeitet wurde, aus der Kohle über die gegenwärtige Verwertung durch Verflüssigung zur Gewinnung von Schwer- und Leichtölen zu gelangen. Nun ist die Lösung des Problems, die Verflüssigung der Kohle gelungen. Unter Anwendung einer gewissen Temperatur wird aus Kohle Öl gewonnen, das für den Motor als Schmier- und Treiböl Verwendung finden kann. Damit gelangen wir zu einer Ausbeute unserer Kohlenvorkommen, die sich der Ausgestaltung unserer Betriebsweise vom Dampfkessel zum Motorbetrieb vollkommen anpaßt. Eine Erfindung von gewaltiger Bedeutung, die nicht hinter der Stickstoffherzeugung zurücksteht, wie sie in den Leuna-Werken der F. G. Farbenindustrie betrieben wird. Auch an dem Verfahren der Herstellung von Motorölen aus Kohle ist der national wie international gleich mächtige Farbentruß beteiligt, der den Zusammenschluß der großen chemischen Unternehmungen mit den Anlagierungen im Ausland herbeigeführt hat.

Die Aufmerksamkeit ist aufs neue wacherufen, als vor kurzem auf dem internationalen Kongreß des Kohlenbergbaues in Pittsburg die beiden Gelehrten, die die Kohlenverflüssigung zu einem praktischen Ergebnis führten, dort ihre Forschungsergebnisse ausführlich darstellten. Es sind das Prof. Bergius, der mit der F. G. Farbenindustrie in Verbindung steht, und Prof. Fischer vom Kaiser-Wilhelm-Forschungsinstitut in Mülheim. Beide haben ein geordnetes Verfahren mit denselben Ergebnissen erfunden. Soviel ist sicher, die praktische Durchführbarkeit des Problems steht nicht mehr im Zweifel, denn die F. G. Farbenindustrie ist bereits emsig dabei, im Anschluß an ihre großen Stickstoffwerke in Leuna ein Werk entstehen zu lassen, in dem man Braunkohle nach dem Verfahren des Prof. Bergius ausbeuten wird. Außerdem soll im Westen von derselben Gesellschaft ein Werk errichtet werden, in dem Steinkohle dem gleichen Prozeß unterworfen wird. Wenn von dieser Seite im großen Maßstabe die Sache in Angriff genommen wird, dann unterliegt es keinem Zweifel, daß das Verfahren gewinnbringend ist. Und damit kommen wir zu der wirtschaftlichen Auswirkung des Unternehmens, die wir einmal betrachten wollen.

Der Verbrauch an Benzin gewinnt bei der überaus schnellen Zunahme des Motorbetriebes in steigendem Maße an Bedeutung. Deutschland selbst bringt für diesen Verbrauch nur wenig auf, unsere Bezugsquelle ist Amerika. Im ersten Halbjahr 1926 haben wir nicht weniger als 243 945 Tonnen Benzin im Werte von 52,6 Millionen Mark eingeführt. Rechnet man für denselben Zeitraum die Einfuhr von Erdöl und Erdölzergewinnen hinzu, so gelangen wir zu der sehr ansehnlichen Summe von rund 80 Millionen Mark. Dieser Posten unserer Einfuhr wird im Stilltempo anwärtig gehen. Gelingt es uns, das Öl für den Motorbetrieb aus der Kohle zu gewinnen, so ermäßigt sich der Einfuhrposten und gereicht uns zum nicht geringen Vorteil.

Das ist die eine Seite. Zum andern Teil werden wir bei dem Kohlenüberfluß, den wir haben, jede weitere Verwertung der Kohle freudig begrüßen. Hinzu kommt, daß auf dem Arbeitsmarkt durch solche neue Unternehmungen ein Anspruch erhoben wird, der nicht zu unterschätzen ist. Es handelt sich um die Ausführung großer Bauten, die Beschaffung von Apparatur und die dauernde Instandhaltung von Arbeitskräften in den neuen Unternehmungen. Wir brauchen heute unausgesetzt neue Anregung für das Wirtschaftsgetriebe und müssen deshalb jede Auswirkung nach der Seite freudig begrüßen. Die Bedeutung eines vermehrten Kohlenverbrauchs auf diesem Wege wird allerdings von Prof. Fischer nicht hoch eingeschätzt. Es dürfte im Vergleich zu der gesamten Kohlenproduktion der Anteil bei der Verflüssigung der Kohle gering sein. Das mag zutreffen, aber es wird sich auch sehr darum handeln, in welchem Ausmaß das Verfahren ausgenützt wird und welche Hemmnungen ihm angelegt werden.

Auffallend ist, daß im Haag eine Internationale Bergius-Gesellschaft gegründet wurde, die die Verwertung der Patente bezieht. Wahrscheinlich ist diese Gründung von der F. G. Farbenindustrie ausgegangen, um von einer Zentralfirma die Verwertung des Patents sowie den Ankauf oder je nachdem die Unternehmung neuauftauchender Verfahren ähnlicher Art zu betreiben. So gelangt eine deutsche Erfindung gleich in den Kreislauf internationaler Ausbeutung und ein Kiesenunternehmen eignet sich die Monopolherrschaft an. Die F. G. Farbenindustrie hat die Führung in der Bergius-Gesellschaft, denn dem Verwaltungsrat dieser Gesellschaft gehören an: drei Vertreter der F. G. Farben, zwei der Royal-Dutch (holländisch-englische Petroleumgesellschaft) und fünf Vertreter der Markt Company. Da aber im Verwaltungsrat der Markt Company vier Deutsche und zwei Engländer sitzen, so dürfte wohl der Einfluß in der Bergius-Gesellschaft dem internationalen Farbentruß stark anvertraut sein.

Im organisatorischen Aufbau ist nun bereits so verfahren, daß für England ein Bergius-Syndikat ins Leben gerufen ist, für Frankreich, Belgien und Luxemburg besteht eine Gesellschaft unter dem Namen Sicol. Wie weit andere Kreise bei der Ausbeute einer deutschen Erfindung bedacht sind, läßt sich nicht übersehen. Sicher liegt Amerika viel an der weiteren Entwicklung, daher die Einladung der beiden Erfinder nach Pittsburg. Denn nicht nur der Bergbau wird von den kommenden Dingen berührt, sondern nicht minder die Petroleumgesellschaften.

Wiederholt ist deshalb auch in den letzten Monaten darüber berichtet, daß die Standard Oil Co. in irgend einer Form Einfluß auf die Sache gewinnen will. Diese Nachricht ist im Hinblick an den Kongreß in Pittsburg wieder aufs neue aufgetaucht und dürfte durchaus zutreffend sein. Die große amerikanische

Petroleumgesellschaft, die Standard Oil Co., wird in dem Bergius-Verfahren eine Gefahr für den Absatz ihrer Öle sehen. Hierbei muß daran erinnert werden, daß die Standard Oil Co. und die Royal-Dutch mit je 25 vH an der Hauptölgesellschaft der F. G. Farbenindustrie, der Esso, beteiligt sind. Diese Beteiligung geschah nicht zuletzt deshalb, um früh genug mit den deutschen Erfindungen über die künstliche Gewinnung von Öl in Verbindung zu kommen. Ein enger Zusammenhang zwischen der großen F. G. Farbenindustrie und den beiden größten Petroleumtrusts der Welt besteht bereits und wird wahrscheinlich in nächster Zeit nach verschiedenen Seiten hin noch eine Erweiterung erfahren.

Vor zwei Jahren habe ich im Reichstag auf die Bedeutung dieser wichtigen Probleme hingewiesen und die Regierung aufgefordert, ähnlich wie bei den Stickstoffwerken die Durchführung der Verflüssigung der Kohle zu finanzieren und den Einfluß auf die Entwicklung sich zu sichern. Es war von der Erwägung ausgegangen, daß die Gewinnung von Öl aus der Kohle für die deutsche Wirtschaft von so großer Bedeutung ist, daß eine Ausnützung auf privatrechtlicher Grundlage nicht im vollen Maße der Allgemeinheit dienen kann. Die Organisation, die von der F. G. Farbenindustrie aufgezogen wurde, rechtfertigt vollkommen diese Befürchtung, und die internationale Verflechtung läßt die Sache nicht im günstigeren Lichte erscheinen. Natürlich wurde im Reichstag tauben Ohren gepredigt. Denn nachdem man sich die Stickstoffwerke wieder aus der Hand nehmen ließ, war bei der Einstellung der Regierung ein Zugriff nach der angedeuteten Richtung nicht zu erwarten. Die Durchführung eines solchen Planes hätte gewiß in den Interessentkreisen großen Widerstand entfacht. Aber diesem Kampfe können wir nicht ausweichen, weil die Herrschaft internationaler Konzerne und Trusts zu einer Macht anwächst, die in Gegensatz kommen muß zu dem Staatsgedanken, wenn dieser Staat sich nicht zugleich als der Hüter dieser mächtigen Kapitalistengruppen fühlt, deren Vorteil zu dem der Arbeiterklasse im schroffen Gegensatz steht.

Hinaus mit ihnen!

In der bürgerlichen Presse war dieser Tage folgende Notiz zu lesen:

„Die Regierung des Freistaats Danzig hat in der Erwerbslosenfürsorge neue Wege beschritten, indem sie solchen Unterstützungsempfängern, die sich zur Auswanderung melden und nach sorgfältiger Prüfung dafür geeignet befunden werden, die Erwerbslosenelemente auf eine gewisse Zeit kapitalisiert und ihnen damit Mittel zur Gründung einer Existenz in geeigneten überseeischen Ländern verschafft.“

Wer die öffentlichen Vorkommnisse nicht nur nach Zahl und Maß betrachtet, wenn die Menschen mehr sind als Material für die Statistik, der steht erschüttert vor dieser Werbung. Also so weit sind wir schon. Nichts anderes weiß das teure Vaterland mit den erwerbslosen Volksgenossen anzufangen, als sie fortzuschaffen. Hinaus mit ihnen! Noch Geld drausgelegt, um sie aus den Augen zu haben, möglichst weit weg, damit sie ja nicht etwa wiederkommen. Und darüber freut sich die bürgerliche Presse, das meldet sie triumphierend, als sei damit ein großer Erfolg erzielt; „neue Wege in der Erwerbslosenfürsorge“ nennt sie das. Es scheint also doch, daß sie innerlich dem infamen Wort zustimmt, es gäbe 15 bis 20 Millionen Deutsche zu viel in der Welt. Nicht einmal ein Wort des Bedauerns sagt sie hinzu über den Verlust wertvoller Arbeitskräfte, den die Heimat erleidet, geschweige denn über das ungewisse Schicksal, dem die Auswanderer in der Ferne entgegengehen. Über die Höhe der Summe — der „kapitalisierten“ Unterstützung —, die sie zurücklegen, erfährt man nämlich kein Wort. Man kann sich denken, daß es keine großen Reichtümer sein werden.

Daneben ist es selbstverständlich eine törichte Einbildung, zu glauben, daß man auf diese Weise die Erwerbslosigkeit auch nur im mindesten ein wenig mildern könne. Die Einbildung ist so töricht, daß man schlechterdings nicht annehmen kann, die Verbreiter der Nachricht selbst glaubten daran. Offenbar ist es eine jener beliebten Fiktionen, womit man den Arbeitern, da man ernstlich nicht helfen kann, von Zeit zu Zeit Sand in die Augen zu streuen sucht. Es genügt, folgende paar Ziffern zu vergleichen.

Die Nachricht kam am 19. November aus Bremen und besagte, daß soeben aus Danzig ein zweiter, nach Argentinien bestimmter Transport von 70 (siebzig) Köpfen angekommen sei, dem etwa 2 Monate früher bereits ein Transport von 270 (zweihundertsiebzig) Köpfen vorangegangen war. Das sind 340 Auswanderer, Männer, Frauen und Kinder zusammengerechnet. An Erwerbslosen aber haben wir in Deutschland bekanntlich etwa 1 1/2 Millionen Unterstützungsempfänger, daneben ein paar mal hunderttausend Ausgesteuerte oder überhaupt nicht Unterstützte, außerdem ein paar mal hunderttausend Kurzarbeiter. Rechnet man auf jeden nur eine n Angehörigen (in Wahrheit sind es natürlich mehr), so kommen wir bereits auf allermindestens 4 Millionen „Köpfe“. (Aus früheren Darlegungen wissen unsere Leser, daß wahrscheinlich 6 Millionen noch zu niedrig gerechnet ist.) Wieviel solcher Transporte von 70 oder von 300 Personen müßten also abgehen, ehe man auf dem heimischen Arbeitsmarkt eine Erleichterung spürt?

Daran ändert sich auch nichts, wenn man statt der einmaligen Transporte die Gesamtziffer der Auswanderer setzt. Aus dem Deutschen Reich sind jährlich nach Übersee ausgewandert:

| | |
|-----------------------------------|-------------------------------|
| 1871/80 durchschn. 82600 Personen | 1921 23500 Personen |
| 1881/90 . . . 134200 . . . | 1922 36500 . . . |
| 1891/1900 . . 53000 . . . | 1923 115400 . . . |
| 1901/10 . . . 23000 . . . | 1924 58300 . . . |
| 1911 22700 . . . | 1925 62800 . . . |
| 1912 18500 . . . | 1926 58600 . . . |
| 1913 25800 . . . | |

Die Zahl von 1925 ist = 12mal der Monatsdurchschnitt von Januar bis September.

Die Gesamtzahl der Auswanderer beläuft sich also in der Regel auf höchstens 50- bis 60 000 im Jahr, und selbst die ausnahmeweisen Schrecknisse des Sozialistengesetzes und der Zensur haben sie nur eben verdoppelt. Wie lange also müßten 60 000 oder auch 100 000 Personen alljährlich Deutschland verlassen, bis eine Wirkung auf den Arbeitsmarkt eintritt? Ganz abgesehen davon, daß inzwischen die Rationalisierung fortgeschritten und unter Umständen in einem Monat mehr neue Arbeitslose schafft, als in einem Jahr auswandern.

Nein, das ist kein neues Mittel der Erwerbslosenfürsorge, das ist ein Strohhalm, nach dem man greift, weil man das einzige Mittel, das wirklich helfen würde, nicht anwenden will und allerdings im kapitalistischen Staat auch nicht anwenden kann. Es heißt: Rationalisierung, aber nicht die planlose kapitalistische Rationalisierung, je nach dem Profitbedürfnis des einzelnen Unternehmens, sondern die planmäßige Rationalisierung des Sozialismus. S. H. L. S.

Die „überspannte Höhe“ der Erwerbslosenfürsorge

Der Kampf gegen die Erwerbslosenfürsorge und die Schmähen, die sich die unterstützten Arbeitslosen gefallen lassen mußten, waren kaum noch zu überbieten. Je umfangreicher die Arbeitslosigkeit wurde, desto heftiger erfolgten die Angriffe der deutschen Unternehmer und ihrer journalistischen Laufpörschen. Das Ziel dieser biedereren Zeitgenossen war, der Öffentlichkeit einzureden, die Höhe der Unterstützung sei untragbar und ungerecht. Vor wenigen Monaten richtete der Gewerverband eine gehäufte Eingabe an den Reichszentralrat, worin der Nachweis zu erbringen versucht wurde, daß die gezahlten Unterstützungssätze fast nicht hinter den Arbeitslöhnen zurückblieben. Der Gewerverband versiegte sogar zu der Behauptung, daß die Arbeiter durch nachlässige Tätigkeit auf ihre Entlastung hinarbeiteten, selbst künftigen oder bei Einstellung durch den Arbeitsnachweis krankfeierten, um dadurch wieder ihre baldige Entlassung zu erreichen. Die Arbeiter zögen es vor, mühelos ihre Unterstützung einzustreichen, die ja fast ebenso hoch sei wie der für schwere Arbeit gezahlte Lohn. Die Essener Handelskammertagung, die im Februar d. J. stattfand, wandte sich unter einmütigem Beifall der Versammelten gegen die Erwerbslosenfürsorge, weil sie überspannt sei. Die sozialen Lasten müßten abgebaut werden. Von der Deutschen Arbeitgeberzeitung sei ein Leitartikel (vom 23. Mai d. J.) erwähnt, der weitgehend den Nachweis zu führen strebte, daß die Unterstützungssätze zu hoch und die Kontrolle zu mangelhaft sei und dadurch die Arbeitslosigkeit in bedenklichem Maße gefördert werde. Der Reichsverband der Deutschen Industrie wandte sich in seiner Zeitschrift über die Deutsche Wirtschaft- und Finanzpolitik vom Dezember vorigen Jahres gegen die jetzige Bedrückung unserer geschwächten, schwer ringenden Wirtschaft mit untragbaren Soziallasten. Die Leistungen an die Empfänger dürfen nur so hoch sein, daß die Empfindung der eigenen Verantwortung des Einzelnen für sich und seine Familie nicht zerstört werde. So ließen sich noch viele Stimmen aus dem Unternehmerlager anführen, die sich gegen die deutsche Sozialpolitik im allgemeinen und die Erwerbslosenfürsorge im besonderen wandten.

Inzwischen hat die Reichsarbeitsverwaltung umfangreiche Erhebungen in Sachen der Erwerbslosenfürsorge angestellt. Das zweite Teilergebnis bringt die Nr. 42 des Reichsarbeitsblattes. Diese Untersuchung, die das Verhältnis der Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge zum letzten Lohn der Hauptunterstützungsempfänger nach dem Stande vom 2. Juli 1926 untersucht, erhellt grell die Schamlosigkeit der Decke gegen die „überspannte Höhe“ der Erwerbslosenfürsorge.

Durch Fragekarten, deren sich die Erhebung bedient hat, ist einerseits der letzte Normalbruttoverdienst jedes einzelnen Hauptunterstützungsempfängers und andererseits der Höchstsatz seiner Unterstützung festgestellt worden. Dabei hat sich folgendes ergeben. Die Unterstützung beträgt:

| vH des Normalbruttoverdienstes | Bei . . . Hauptunterstützungsempfängern: | | | vH der Hauptunterstützungsempfänger |
|--------------------------------|--|----------|----------|-------------------------------------|
| | männlich | weiblich | zusammen | |
| bis 10 vH | 1803 | 32 | 1835 | 0,12 |
| über 10 vH | 108764 | 2952 | 111716 | 7,01 |
| 20 vH | 368111 | 28978 | 397089 | 24,59 |
| 30 vH | 356444 | 69213 | 425657 | 26,70 |
| 40 vH | 225478 | 82179 | 307657 | 19,30 |
| 50 vH | 112858 | 62374 | 175232 | 10,36 |
| 60 vH | 51642 | 31114 | 82756 | 5,19 |
| 70 vH | 24899 | 17813 | 42652 | 2,67 |
| 80 vH | 10903 | 8653 | 19556 | 1,25 |
| 90 vH | 7372 | 7667 | 15039 | 0,94 |
| über 100 vH | 13105 | 17012 | 30117 | 1,89 |
| Zusammen | 1276319 | 317991 | 1694300 | 100,00 |

Die Aufstellung sagt also zunächst einmal, daß von je 100 Erwerbslosen etwa 75 nicht einmal die Hälfte ihres letzten Arbeitsverdienstes als Unterstützung für die Zeit unverzüglich erhaltener Arbeitslosigkeit erhalten, etwa 25 vH der Unterstützungsempfänger überschreiten diesen Satz, aber nicht einmal 3 vH aller Erwerbslosen beziehen eine Unterstützung, die 90 vH und mehr ihres Arbeitslohnes ausmacht.

Zusammengeleimte Spaltpilze

Die Oberkommunisten in Moskau haben mit dem Schrübber ihre deutsche Kinderstube geäußert, dabei sind auch einige ungezogene Kinder mit an die Luft geflogen.

Der Politiker braucht Massen, um Politik machen zu können. Die rausgeworfenen Kommunisten sind also von den „Massen“ der Kommunisten getrennt worden.

Das ist an und für sich nichts sonderlich Aufregendes, aber es ist ein Vorgang, der auch uns als Gewerkschaften etwas angeht.

Der Geist in der KPdSU wandelte sich. In der Inflation entwickelte sie eine Agitation, die tatsächlich auf die Zerstörung der Gewerkschaften hinwirkte.

Durch die Verschmelzung wird nun die Fesseln der Allgemeinen Union, des neuen Spartakusbundes, gegen die Gewerkschaften wieder etwas aufklappen.

Vor der Hand haben diese beiden Parteien erst einmal genug zu tun, sich gegenseitig zu entlarven. Man will beweisen, daß Sowjetrußland ein großer „Kleppstiel“ und die deutsche kommunistische Partei nur die „russische Fremdenlegion“ ist.

Der Polizist wieder „Überwachender“

Dem Reichstag liegt zurzeit ein Ergänzungsentwurf zum Polizeigesetz vor, der das Überwachungsrecht der Polizei neu regeln will.

Nach dem Entwurf sollen in Zukunft die uninformierten Sachverständigen wieder in Versammlungen einbezogen werden können.

Das als Aufforderung zu strafbaren Handlungen anzusehen ist, hängt als ausschließlich von der jederzeit sehr nachlässigen Meinung der „Überwachenden“ ab.

Nach dem Entwurf heißt es, daß zu jeder Zeit aufgelöst werden können: Vereine oder Personvereinigungen, wenn ihr Zweck nach ihrer Satzung oder ihrem tatsächlichen Verhalten den Strafgesetzen zuwiderläuft.

Diese Bestimmungen können sich auch gegen die Gewerkschaften als „Personvereinigungen“ anwenden.

Die Geschichte der Unterwerfung der alten vereinsgesetzlichen Bestimmungen auf die Organisation. In Zukunft werden solche „Verhalten“ jedoch als Aufforderung zum Mord, Verleumdung u. a. m. von anderen Gesichtspunkten her zu betrachten sein.

Aus die Metalller

Zu den geschwätzigen Redaktionen gehören die Metalller. Die Erziehung von Metallern und Metallwerken heißt die Metalller und Gelehrten für die Metallindustrie an.

Dies ist ein sehr ungünstig begünstig. Die Arbeit ist in den meisten Fällen sehr ungenügend bezahlt. Die Löhne sind zu niedrig.

beachtet, wie die Lieferung von Waschmaterial, Seife, Handluch, Wäsche, Sublimat zur Zahnpflege, Milchlieferung und ärztliche Untersuchung.

Berufscollegen, wollen wir unsere wirtschaftliche Lage verbessern, einen der Schlußheit unseres Berufes entsprechenden Verdienst erzielen, ausreichenden Erholungsurlaub haben, die Verbesserung und Durchführung der Schutzvorschriften erreichen, so ist dieses nur durch die gewerkschaftliche Organisation aller Berufstätigen möglich.

Nochmals: ein fragwürdiges Arbeitergespräch

Vor ein paar Wochen (in Nr. 46 der MZ) machten wir auf ein Arbeitergespräch der Patent Ludwig Verwerthungsgesellschaft in Charlottenburg aufmerksam.

Mit dieser Vertretung ist, wie man getrost annehmen kann, die Sache für diese Firma erledigt. Durch eine Anzeige für ein paar Mark hat sie Adressen von Abnehmern und Kenntnis von den verschiedensten Arten der Schneidmischschweißerei von gutgläubigen Stellungnehmern erhalten.

Karl Spiegel Jubilar

Es werden jetzt 25 Jahre, daß Kollege Karl Spiegel vom Bezirksleiter für den damaligen siebenten Verwaltungsbezirk (Düsseldorf) erlören wurde.

Das Wagnis der Verwaltung stellen im siebenten Verwaltungsbezirk heute fünf Kollegen. Der Fuß erging an Karl Spiegel, der in diesem nicht gerade freudig folgte, weil er lieber ehrenamtlich wirken wollte.

Durch seinen Eifer, seine gewerkschaftliche Treue und durch seinen goldenen Humor, der auch in schweren Stunden nicht versagte, hat sich unser Jubilar zahlreiche Freunde erworben.

Eh rung der Jubilare im Sangehaufen

Drei Jubilare sollten geehrt werden. Die Feier war gut vorbereitet, sie nahm aber einen anderen Verlauf.

Zufälligerweise der Betriebsrat vor die Kündigung ihrer Mitglieder. Ein Mitglied des Betriebsrats lagte gegen eine Kölner Firma an.

Die Firma wurde zur Zahlung nach dem Klagenurteil verurteilt. Begründung: Die erforderliche Zustimmung der Betriebsratvorstellung liegt nicht vor.

Kollegen! Seht stets dafür, daß die von der organisierten Arbeiterbewegung ins Leben gerufene Volksfürsorge Seiner Majestät Kaiserin Auguste Victoria, Königin von Preußen, am 5. März 1926, überaus eingeführt wird.

Muß unbestellte Ware zurückgeschickt werden? In letzter Zeit mehrten sich wieder die Fälle, wo Geschäftsleute dazu übergehen, unbestellte Waren zuzuführen.

Schriftenschau

Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften. Ein kurzgefaßtes Abriss. Von Karl Zwarg. 224 Seiten. Bd. 5 der G.-M.-Bücherei. Preis brosch. 4,50 M., in Halbleinen geb. 5,40 M.

Fünfundsiebzig Jahre internationale Gewerkschaftsbewegung. Von Joh. Sassenbach. Amsterdam 1926. 144 Seiten. Preis 1,50 M.

Die Arbeit, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftslehre. Herausgegeben von Th. Leipart. Das Novemberheft enthält wiederum lehrreiche Aufsätze.

Die Gewerkschaft, das Wochenblatt des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, ist im Festschmuck erschienen.

Das Novemberheft der „Büchereiwarte“ ist sozialistische Revolutionen gewidmet. Ein großer Teil der „Büchereiwarte“ ist im übrigen den wichtigsten Jugendschriften gewidmet.

Vorkonferenzbericht für das Jahr 1926 des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands.

Aufgabensammlung in Vereinigung mit Übungsvorarbeiten für angewandte Geometrie. Schülerausgabe. Herausgegeben von der Arbeitergemeinschaft für sozialistische Bildungsarbeit.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: S-A 628 41, S-A 628 42, S-A 639 90

Mit Sonntag dem 5. Dez. ist der 50. Wochenbeitrag für die Zeit vom 5. bis 11. Dezember 1926 fällig.

Zur Beachtung für die reisenden Mitglieder
Ein statutarisches Recht auf Empfang von Kostgeldern besteht nicht.

Öffentliche Aufforderung:
Das Mitglied Willy Fischer, geb. am 26. Mai 1890 zu Hamburg, wird ersucht, zur Regelung seiner Angelegenheiten in Frankfurt a. M. am 25. Juli 1926 in Nowawes-Potsdam, Mitgliedsbuch Nr. 6244315, wird um Mitteilung seiner Adresse an die Verwaltungstelle Lützenwalde ersucht.

Zur Beachtung! Zugug ist fernzuhalten:
von Diamantarbeitern nach Hana u. (Firma Metzger u. Krans) D., von Elektrontechnikern nach dem Unter-Elsch St., von Metallarbeitern aller Branchen nach Reuß (Schiffswerk Düsseldorf-Reuß, G. m. b. H.) D., nach Ratibor L., nach Eisbarbeitern nach Berlin St.

U = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; R = Abregelung; M = Mißstände; A = Aussperrung

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gelistet ist, Erkundung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuziehen.

Anträge auf Berichtigung von Sperrern müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Drud und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Stuttgart Röhlfstraße 16